

NUR FÜR ABONNENTEN VON Bild+

Juristin rechnet mit Politik ab

Persönliche Freiheit geht vor Klimaschutz



Im brasilianischen Belém, wo aktuell die Umweltkonferenz COP30 stattfindet, schippert ein Boot übers Wasser

Foto: Fernando Llano/AP/dpa



Björn
Engel

21.11.2025 - 12:08 Uhr

Artikel anhören

1X

-05:33

Wenn der Staat die Rechte der Bürger zugunsten des Klimaschutzes einschränkt, dieser Effekt für das globale Klima aber gleich null ist, dann fehlt dafür jede rechtliche Grundlage. Sagt die Juristin Frauke Rostalski.

„In der gegenwärtigen Situation lässt sich aus ethischer und rechtlicher Sicht keine individuelle Pflicht begründen, den privaten CO₂-Ausstoß zu reduzieren“, stellt Strafrechtlerin Rostalski,

Professorin für Rechtsphilosophie und Mitglied im Deutschen Ethikrat, klar. Denn: Aktuell bringen Einzelmaßnahmen nachweislich überhaupt nichts.

► Der Klimawandel sei ein globales Problem – und könne nur global gelöst werden. Was wir in Deutschland machen, sei zwar gut gemeint, aber komplett wirkungslos, so die Autorin.

Mehr noch: Wer glaubt, durch sein Verhalten in Deutschland etwas gegen die weltweite Erderwärmung zu tun, unterliegt einem gefährlichen Irrtum. Rostalski nennt es gegenüber BILD „Selbstbetrug“.

► Der „Leakage-Effekt“ zeige, wie drastisch dieser Irrtum wirken kann. Wenn Deutschland oder Europa massiv CO₂ einsparen, kaufen sie weniger fossile Brennstoffe. Die Folge: Der Weltmarktpreis sinkt. ➔ Länder wie China und Indien schlagen zu – verbrennen die Rohstoffe und vernachlässigen dabei Umweltstandards. Das Ergebnis: Der globale CO₂-Ausstoß steigt sogar.

Der Preis für Symbolpolitik

Ein großes Problem dabei: In Deutschland wird Klimapolitik oft moralisch aufgeladen. Wer ökologisch lebt, fühlt sich besser, vielleicht sogar überlegen. Doch dieser Moralismus ersetzt keine wirksame Strategie. Er lenkt ab – und spaltet die Gesellschaft.

► Statt effizienter Lösungen gebe es eine „Gewissensbefriedigung“. Maßnahmen wie das Heizungsgesetz sind laut Rostalski „Augenwischerei“. Die Bürger werden mit Symbolpolitik beruhigt – sediert –, während die Situation der Umwelt weiter eskaliert.

Hinzu kommt: Die Politik riskiert das Vertrauen der Bürger. Wenn Gesetze als unsinnig erkannt werden, sinkt die Bereitschaft, auch künftig sinnvolle Maßnahmen mitzutragen.

Die einzige Lösung, so Rostalski, liege in echten, globalen Vereinbarungen. Denn nur wenn alle mitziehen, lässt sich das Klima retten.

Doch genau daran mangelt es. Das Pariser Klimaabkommen sei gescheitert – eine Sackgasse. Ohne gegenseitige Verpflichtung, ohne Sanktionen, ohne Wirkung. Länder, die nichts tun, profitieren auf Kosten derer, die sich einschränken. Der Anreiz zur Trittbrettfahrerei ist groß – und ein reales Problem, wie die jährlichen Rekordwerte des globalen CO₂-Ausstoßes belegen.

Die Idee vom Klimacub

Der Nobelpreisträger William Nordhaus (Yale University, USA) hat deshalb eine andere Idee: einen Klimacub. Staaten, die mitmachen, legen einen ➔ CO₂-Mindestpreis fest. Länder, die draußen bleiben, zahlen Zölle.



Rechtswissenschaftlerin Prof. Dr. Dr. Frauke Rostalski ist Mitglied des Deutschen Ethikrates und berät in dieser Funktion den Bundestag

Foto: Pascal Bünning/PR

Dieses System belohnt, wer sich anstrengt – und bestraft, wer nichts tut. Es würde laut Rostalski „Reziprozität“ schaffen, also Gegenseitigkeit, und könnte echten Druck aufbauen. Wer mit den Mitgliedern des Klimaclubs Handel treiben will, müsste mitziehen. „Nur dann entsteht ein globaler Pull-Effekt“, sagt Rostalski. Nur so lässt sich die Spirale durchbrechen, in der Gutgemeintes zum Schaden wird.

Die Politik kennt die Lösung – doch sie handelt nicht

Die Ironie: Diese Lösung liegt längst auf dem Tisch. [↗ Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz](#) schlug sie 2022 vor. Mittlerweile umfasst sie 46 Mitgliedsstaaten, deren Vertreter sich [↗](#) das letzte Mal im Juni in Bonn getroffen haben. Doch die Mitarbeit des Gründungsmitglieds USA ist mittlerweile bestenfalls schwankend, während andere große CO₂-Emittenten wie China, Indien und [Brasilien](#) komplett im Club fehlen.

► Und auf einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis hat man sich ohnehin nicht geeinigt, schon gar nicht auf Zölle. Der Klima-Club ist gegenwärtig nicht mehr als eine Plattform zum Austausch über nationale Klimaschutzmaßnahmen und -technologien.

BILD Klima-Radar

So läuft der Ökostrom-Ausbau 2025

Vergangene Woche (KW 45)



neue Windkraftanlagen

37*

Wochenziel 41

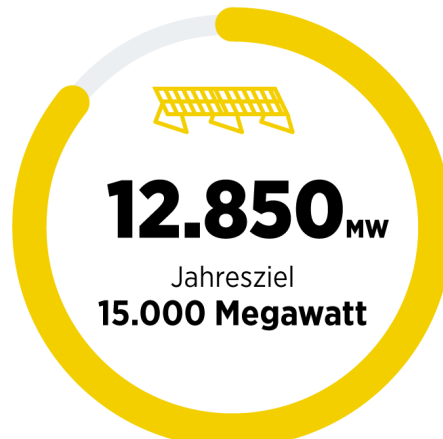


neue Sonnenenergie

380 MW*

Wochenziel 288 MW

Seit Jahresbeginn



*Nachmeldungen: 6 Windkraftanlagen, 40 MW für Sonnenenergie
visual.BILD.de | Quelle: Bundesnetzagentur | Stand: 7.11.2025

Und so bleibt (vorerst) alles beim Alten. Politiker verweisen auf Paris. Bürger verzichten auf fossile Brennstoffe. Und das Klima? Kippt weiter.

Klartext von Frauke Rostalski

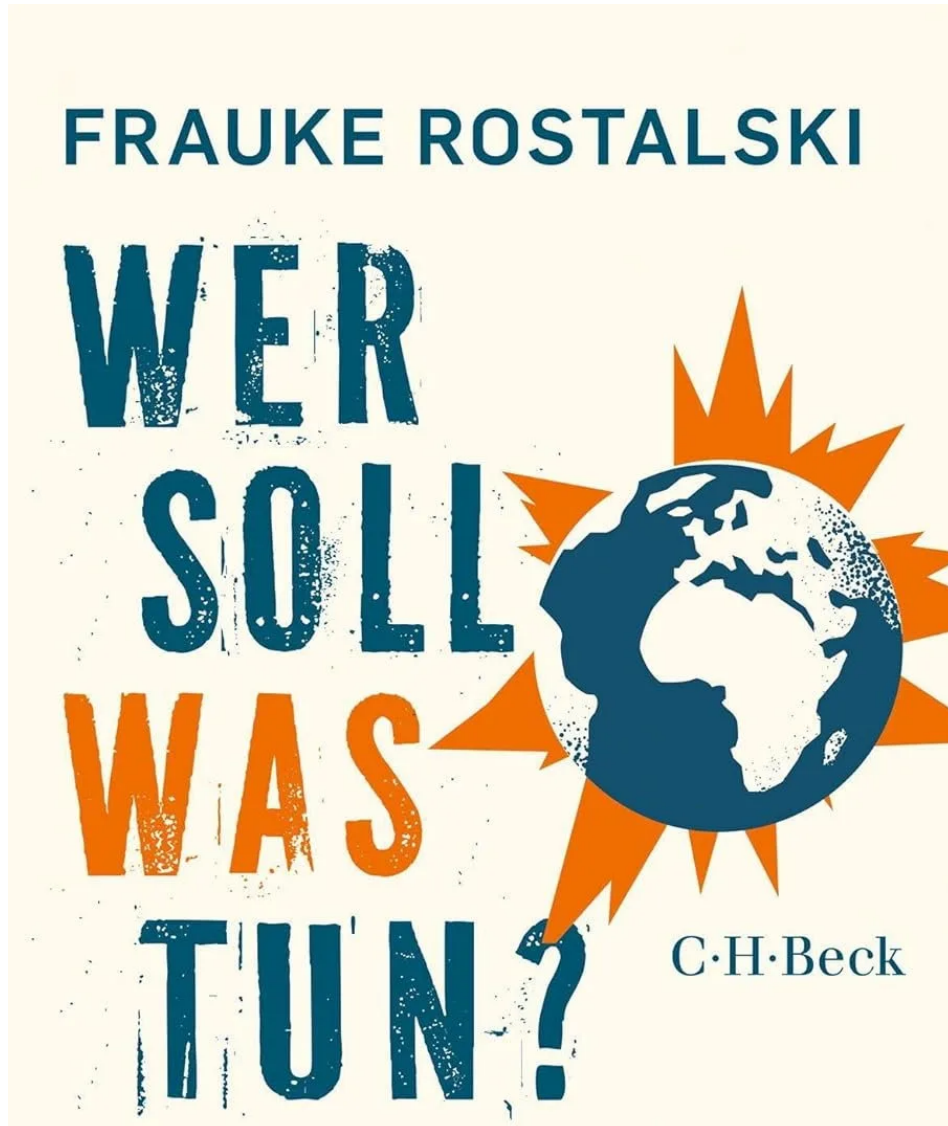
Die Juristin lässt keinen Zweifel daran: Der Staat darf Bürger nicht mit wirkungslosen Maßnahmen belasten. Nicht, wenn diese das globale Problem verschlimmern statt lindern. Nicht, wenn sie die Gesellschaft spalten. Und nicht, wenn bessere Lösungen bekannt, aber ungenutzt sind. „Die ehrlichste Haltung ist die Anerkennung, dass individuelle Anstrengungen nichts bewirken“, sagt Rostalski.

Und: Die Pflicht, das Klima zu retten, besteht – aber sie liegt bei der gesamten Menschheit. Erst wenn es ein global effektives Konzept zum Klimaschutz gibt, ist der Einzelne am Zug. Doch weil wir nicht so weit sind, liegt die Pflicht derzeit nicht bei jedem Einzelnen und dessen Entscheidung, ob er sich eine Wärmepumpe einbauen lässt.

Zur Person:

Prof. Dr. Dr. Frauke Meta Rostalski ist eine deutsche Rechtswissenschaftlerin, Philosophin und Buchautorin, geboren am 6. Januar 1985 in Bad Nauheim. Sie leitet seit 2018 den Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung an der Universität zu Köln und ist seit 2020 Mitglied des

Transparenz-Hinweis: Einige Links in diesem Artikel sind Affiliate-Links. Das bedeutet, dass wir eine Provision erhalten, wenn Sie ein Produkt über diese Links kaufen. Für Sie ändert sich der Preis nicht. Unsere redaktionelle Unabhängigkeit bleibt davon unberührt.



Frauke Rostalskis jüngste Werk: „[↗ Wer soll was tun? Warum wir nicht zum Klimaschutz verpflichtet sind und worin unsere Verantwortung eigentlich besteht](#)“ (C.H.Beck, 18 €)

Foto: C.H.Beck

Haben Sie Fehler entdeckt? Möchten Sie etwas kritisieren? Dann schreiben Sie uns gerne!

MEHR AUS DEM NETZ